

Erschienen in:
perspektivends. Zeitschrift für Gesellschaftsanalyse und Reformpolitik,
Heft 1/2021

© Schüren-Verlag, Marburg

Hermann Adam

Den Kapitalismus überwinden? Plädoyer für eine nüchterne Strategie

In der SPD ist eine seit über 150 Jahren geführte Diskussion wieder aufgeflammt, die sich auf die Frage «Soll die SPD den Kapitalismus nur reformieren oder muss sie ihn überwinden?» zuspitzen lässt. In dieser Debatte, die meist von den Jusos angestoßen¹

und insbesondere dann mit viel Emotionen geführt wird, wenn die SPD im Bund (mit)regiert, wird in der Regel das Privateigentum an den Produktionsmitteln als Hauptübel des Kapitalismus angesehen. Im folgenden Beitrag wird stattdessen die Orientierung der Unternehmensentscheidungen am Rentabilitätsprinzip als Dreh- und Angelpunkt des Kapitalismus angesehen. Zunächst werden die ökonomischen Vorteile dieses Prinzips erläu-

1 Vgl. z. B. für die frühen 1970er-Jahre Norbert Gansel (Hrsg.): *Überwindet den Kapitalismus oder Was wollen die Jungsozialisten?* Reinbek bei Hamburg 1971, für die jüngere Vergangenheit: *Projekt: Linkswende Sozialdemokratie – Schweriner Programm zur jungsozialistischen Politik im 21. Jahrhundert*, beschlossen auf dem Juso-Bundeskongress vom 22. bis 24. November 2019, hier insbes. S. 9. In

dieser Zeitschrift kürzlich «Den Kapitalismus überwinden.» Gespräch mit Annika Klose, in: *perspektivends*, Heft 1/2019, S. 208 ff.

tert und begründet, warum trotz einiger unerwünschter gesellschaftlicher Nebenwirkungen grundsätzlich an ihm festgehalten werden sollte. Dann werden zwei Hauptkritikpunkte am Kapitalismus auf ihre Stichhaltigkeit geprüft. Anschließend wird aufgezeigt, wie die SPD durch mehr öffentliche Dienstleistungen den Kapitalismus reformieren, aber nicht überwinden will. Ein Plädoyer für eine realistische Strategie zur Erreichung dieses Ziels der SPD bildet den Abschluss.

Rentabilitätsprinzip und Minimalkostenkombination – Grundlage effizienten Wirtschaftens

Im Kapitalismus orientieren sich die Manager privater Unternehmen bei ihren wirtschaftlichen Entscheidungen an der zu erwartenden Kapitalrentabilität, dem Gewinn in Prozent des eingesetzten Kapitals. Um eine hohe Rentabilität zu erzielen, kauft jedes Unternehmen alles, was es zur Produktion benötigt – Rohstoffe, Material, Energie, Arbeitskräfte – so preiswert wie möglich auf den Märkten ein. Beim Verkauf schrauben sie die Preise so weit nach oben, wie es der Markt hergibt.

Dieses Minimalkostenprinzip ist die Grundlage effizienten Wirtschaftens und der Dreh- und Angelpunkt aller kapitalistischen Systeme. Denn es sorgt für einen sparsamen und effizienten Einsatz der volkswirtschaftlichen Ressourcen. Dadurch gelingt es, mit den vorhandenen volkswirtschaftlichen Ressourcen – den Rohstoffen, den Arbeitskräften, der Energie und den vorhandenen Maschinen – ein Maximum an Produktion zu erzielen und die Voraussetzung für einen materiellen Wohlstand breiter Bevölkerungsschichten zu schaffen.

Anders in den Planwirtschaften der realsozialistischen Systeme. Dort mussten die

Betriebsleitungen die benötigten Vorleistungen nicht am Markt einkaufen und dabei auf die Kosten achten, sondern ihren Bedarf an Rohstoffen, Material, Arbeitskräften usw. bei der nächsthöheren Planungsinstanz anmelden. Um die ihnen vorgegebenen Planziele erfüllen zu können, meldeten die Betriebe in der Regel vorsichtshalber mehr Bedarf an Vorprodukten an, als sie voraussichtlich benötigten, um die vorgegebenen Produktionsmengen mühelos erreichen zu können. Dieses Planerfüllungsprinzip führte zu sog. «weichen Plänen» mit der Folge einer großen Verschwendung von Rohstoffen und Material aller Art. Investitionsmittel und Arbeitskräfte wurden unrationell eingesetzt. Es fehlte zudem an der Bereitschaft, organisatorische und technische Neuerungen einzuführen (Innovationsträgheit).² Im Ergebnis kam es zu weniger Wachstum, zu einer geringeren Produktion und zu einem niedrigeren materiellen Wohlstand für die Bevölkerung.³

Im Folgenden wird auf zwei wichtige Kritikpunkte am Kapitalismus eingegangen:

1. Kapitalismus zerstört die Lebensgrundlagen der Menschen.
2. Der Kapitalismus befriedigt nicht alle Bedürfnisse der Menschen.

2 Vgl. Jirí Kosta: Wirtschaftssysteme des realen Sozialismus. Probleme und Alternativen, Köln 1984, S. 66 und S. 92.

3 So stiegen die Realeinkommen der Arbeitnehmer von 1960 bis 1970 in der Bundesrepublik nach Abzug der Inflationsrate um 56 Prozent, in der DDR dagegen nur um 36 Prozent. Vgl. Werner Obst: DDR-Wirtschaft. Modell und Wirklichkeit, Hamburg 1973, S. 22. Obst, mehrere Jahre Sektorenleiter für ökonomische Grundsatzfragen im Ministerrat der DDR, nennt in seinem Buch mehrere Beispiele für den geringeren Nutzeffekt von Investitionen in der DDR und bezeichnet dies als Kardinalproblem der DDR-Wirtschaft, siehe S. 22, 33 und 80.

Kritikpunkt 1: Kapitalismus zerstört die Lebensgrundlagen der Menschen

Private Unternehmen – so ein häufig vorgebrachter Kritikpunkt am Kapitalismus – erwirtschaften ihre Gewinne zu Lasten der Umwelt. Denn die durch Emissionen verursachten gesellschaftlichen Kosten – die sog. externen Effekte – fließen nicht in ihre Preiskalkulation ein.

Dieser Vorwurf ist berechtigt. Hierbei handelt es sich um ein offenkundiges Marktversagen, das auch von liberalen Ökonomen eingeräumt wird. Staatliche Interventionen sind deshalb unverzichtbar. Sie reichen von Umweltsteuern, die die Ressourcen verteuern und dadurch ihre Nutzung verringern sollen, über Umweltzertifikate (Verschmutzungsrechte), um die Emissionen insgesamt zu begrenzen, bis hin zu Verboten wie z. B. von FCKW (Fluorchlorkohlenwasserstoff) in Kühlschränken, Spraydosen oder Klimaanlage.

Die negativen externen Effekte der kapitalistischen Produktionsweise sind jedoch nicht die alleinigen Faktoren, die als Gefahr für die Lebensgrundlagen der Menschen angesehen werden. Hinzu kommt der Wettbewerbsmechanismus. Er zwingt die Unternehmen, stets neue Techniken einzusetzen, die es ermöglichen, in der gleichen Zahl von Arbeitsstunden eine größere oder die gleiche Produktionsmenge in weniger Arbeitsstunden herzustellen. Die höhere Arbeitsproduktivität wird nicht nur zur Verkürzung der Arbeitszeit, sondern auch für Wachstum genutzt, um eine ausreichende Rentabilität des eingesetzten Kapitals sicherzustellen. Das führt zu einer steigenden Nutzung der knappen natürlichen Ressourcen.

Warum die höhere Arbeitsproduktivität im Kapitalismus auch für die Ausweitung der Produktion genutzt werden muss, leuch-

tet im ersten Moment nicht ein und bedarf daher einer Erklärung. Die mit technischen Innovationen einhergehende Erhöhung der Arbeitsproduktivität erfordern vorherige Investitionen und häufig (aber nicht immer) die Bereitschaft der Unternehmen, wirtschaftliche Risiken einzugehen⁴. Würde die höhere Arbeitsproduktivität allein zur Arbeitszeitverkürzung der Arbeitnehmer bei vollem Lohnausgleich und nicht auch zur Ausweitung der Produktion genutzt, wie es die Anhänger einer Postwachstumsökonomie aus ökologischen Gründen fordern, hätten allein die Arbeitnehmer einen Nutzen, die Rentabilität des eingesetzten Kapitals würde sinken. Das ist ein wichtiger und häufig nicht beachteter Zusammenhang. Er wird deshalb in Tabelle 1 anhand eines simplen Zahlenbeispiels verdeutlicht.

Bei sinkender Kapitalrendite hätten die Unternehmen keinen Anreiz zu Innovationen. Es gäbe weder neue Erfindungen, noch neue Produkte, noch effizientere Produktionsverfahren. Unternehmen, die keine Innovationen umsetzen, würden an Wettbewerbsfähigkeit einbüßen. Länder ohne innovatorische Unternehmen würden in ihrem technischen Entwicklungsstand im Vergleich zu anderen Ländern zurückfallen. Da dies ernsthaft niemand wollen kann, müssen die technischen Neuerungen nicht nur, aber auch zur Erhöhung der Produktion, also für Wachstum genutzt werden, weil sie sich sonst für die Investoren nicht «rechnen» (siehe Variante D im Zahlenbeispiel). Kapitalismus und Wachstum sind daher aufs

4 Viele wirtschaftliche Risiken werden den Unternehmen allerdings bei Innovationen durch hohe staatliche Fördermittel abgenommen. Vgl. hierzu Mariana Mazzucato: Das Kapital des Staates. Eine andere Geschichte von Innovation und Wachstum, München 2014.

Aggregat	Einheit	A	B	C	D
Kapitaleinsatz	Euro	100.000	110.000	110.000	110.000
Produktionsmenge	Stück	400	480	400	440
Arbeitsvolumen	Stunden	100	100	83,33	91,97
Arbeitsproduktivität	Stunden	4,0	4,8	4,8	4,8
Arbeitnehmer	Zahl	2,5	2,5	2,5	2,5
Arbeitszeit	Stunden/ Woche	40	40	33,33	36,67
Stundenlohn	Euro	15,00	18,00	18,00	18,00
Wochenlohn	Euro	600	720	600	660
Lohnsumme	Euro	1.500	1.800	1.500	1.650
Lohnkosten je Pro- dukteinheit	Euro	3,75	3,75	3,75	3,75
Verkaufspreis	Euro	12,00	12,00	12,00	12,00
Umsatz	Euro	4.800	5.760	4.800	5.280
«Gewinn»	Euro	3.300	3.960	3.300	3.630
Gewinn in % des Kapitaleinsatzes	Euro	3,3	3,6	3,0	3,3

--- 91,67

Tabelle 1 Lohnpolitik, Arbeitsproduktivität, Arbeitszeitverkürzung und Kapitalrendite – modellhafte Betrachtung

Variante A = Ausgangssituation. Ein Unternehmen mit einem Kapitaleinsatz (Investition) von 100.000 Euro produziert in 100 Stunden 400 Produkteinheiten, die Arbeitsproduktivität beträgt dann 4 Produktionseinheiten pro Stunde. Das Unternehmen beschäftigt zwei Vollzeitbeschäftigte und eine Halbtagskraft bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von 40 Stunden. Der Stundenlohn soll 15 Euro betragen, daraus ergibt sich ein Wochenlohn von 600 Euro. Für das Unternehmen ergibt sich eine Lohnsumme von 1.500 Euro, auf die Produktionsmenge umgerechnet Lohnstückkosten von 3,75 Euro. Wenn das Unternehmen alle Produkte zu einem Stückpreis von 12 Euro verkauft, erzielt es einen Umsatz von 4.800 Euro. Unter der (vereinfachten) Annahme, dass keine weiteren Kosten anfallen, macht das Unternehmen einen «Gewinn» von 3.300 Euro. Mit dem Kapitaleinsatz von 100.000 Euro wird also eine Rendite von 3,3 Prozent erwirtschaftet.

Bei den Varianten B, C und D investiert das Unternehmen zusätzliche 10.000 Euro, dadurch soll die Arbeitsproduktivität um 20 Prozent steigen. Bei einer Steigerung der Arbeitsproduktivität um 20 Prozent (von 4,0 auf 4,8 = in einer Stunde können 4,8 statt vorher 4,0 Produkteinheiten produziert werden).

Variante B: Die Produktivitätssteigerung wird voll in einer Erhöhung der Löhne weitergegeben. Die Löhne und der «Gewinn» steigen beide um 20 Prozent, die Kapitalrendite erhöht sich von 3,3 auf 3,6 Prozent.

Variante C: Die Produktivitätssteigerung wird voll zur Verkürzung der Arbeitszeit genutzt, die produzierte Menge wird nicht erhöht. Der Stundenlohn steigt um 20 Prozent, da gleichzeitig die Arbeitszeit auf 33,33 Stunden pro Woche verkürzt wird, bleibt der Wochenlohn im Vergleich zur Ausgangssituation gleich, ebenso der «Gewinn». Trotz der Investition von zusätzlichen 10.000 Euro sinkt die Kapitalrendite von vorher 3,3 auf 3,0. Diese Variante wäre zum Nachteil der Investoren und würde deshalb in der Realität kaum umgesetzt.

Variante D: Die Produktionsmenge wird um 10 Prozent ausgeweitet, gleichzeitig die Arbeitszeit verkürzt. Der Wochenlohn stiege um 10 Prozent, ebenso der «Gewinn». Die Kapitalrendite bliebe mit 3,3 die gleiche wie in der Ausgangssituation A. Diese Variante wäre ebenso wie die Variante B konsensfähig.

engste miteinander verwoben.⁵ Um ein Bild zu gebrauchen: Der Kapitalismus ist wie ein Fahrrad: Er muss sich durch Innovationen immer bewegen. So wie ein Fahrrad umfällt, wenn es steht, so kippt die kapitalistische Wirtschaft, wenn sie stagniert.

An diesem Wachstumszwang setzt die ökologische Kapitalismuskritik an. Weder könne Wachstum vom Ressourcenverbrauch entkoppelt werden, noch sei eine Produktion gänzlich ohne CO₂-Ausstoß möglich. Deshalb dürfe – so die Postwachstumsökonom⁶ – die Wirtschaft in Zukunft nicht mehr wachsen, im Gegenteil, sie müsse sogar schrumpfen. Denn die Ressourcen auf der Erde stünden nicht unbegrenzt zur Verfügung, und die Erderwärmung lasse sich nur stoppen, wenn der CO₂-Ausstoß auf null reduziert wird. Falls dies nicht passiere, werde die Erde als Folge des Klimawandels in weiten Teilen nicht mehr bewohnbar sein. Qualitatives Wachstum sei kein Ausweg. Denn keine ökonomische Aktivität sei zum ökologischen Nulltarif zu haben, weil sie im Saldo zusätzliche Stoffflüsse auslöse.⁷

Diese Argumentation der ökologischen Pessimisten⁸ kam allen Kapitalismusgeg-

nern sehr gelegen, lieferte sie doch einen Anknüpfungspunkt für grundsätzliche Systemkritik: die Erderwärmung, die angeblich nur abgewendet werden könne, wenn der Wachstumspfad verlassen wird. Da der Kapitalismus aber ohne Wachstum nicht funktioniere (siehe Begründung oben), müsse das kapitalistische System überwunden werden.

Hier scheiden sich die Geister. Während das eine Lager glaubt, ohne grundlegende Veränderung von Wirtschaft und Gesellschaft sei die Menschheit dem Untergang geweiht (ökologische Pessimisten), ist das andere Lager davon überzeugt, die drohende Klimakrise auch innerhalb des kapitalistischen Systems abwenden zu können (ökologische Optimisten). Die Argumentation beider Seiten soll in den nächsten beiden Abschnitten näher betrachtet werden.

Ökologischer Pessimismus

Die Argumentation der ökologischen Pessimisten hat deterministischen Charakter. Die sog. Tina-Regel («There is no alternative») – ursprünglich eine Erzählung der Konservativen⁹ – verwenden die Postwachstumsökonom⁹ nun als argumentative Waffe gegen den Kapitalismus. Nicht mehr die Verelendung der proletarischen Massen wird, wie von den Marxisten, an die Wand gemalt, sondern das Ende menschlichen Lebens auf der Erde schlechthin. Der britische Journalist und Umweltaktivist George Monbiot hat es in einem Beitrag für die Zeitung *The Guardian* am 25.4.2019 wie folgt zuge-spitzt: «Do we stop life to allow capitalism

growth», in: dies. (Hrsg.): *Degrowth. Handbuch für eine neue Ära*, München 2016, S. 17 ff.

9 Mit dieser Behauptung hat die konservative britische Premierministerin Margret Thatcher in den 1980er-Jahren ihre harte neoliberale Austeritätspolitik gerechtfertigt.

5 Vgl. Diego Andreucci / Terrence McDonough: Kapitalismus, in: Giacomo D'Alisa / Federico Demaria / Giorgos Kallis (Hrsg.): *Degrowth. Handbuch für eine neue Ära*, München 2016, S. 149.

6 Hauptvertreter dieser Richtung sind im deutschsprachigen Raum Niko Paech: *Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie*, 8. Aufl., München 2014, im englischsprachigen Raum Tim Jackson: *Wohlstand ohne Wachstum. Leben und Wirtschaften in einer endlichen Welt*, 5. Aufl., München 2012.

7 Näher dazu Niko Paech: Wachstum «light»? Qualitatives Wachstum ist eine Utopie, in: *Wissenschaft & Umwelt Interdisziplinär* 13/2009, S. 84 ff., insbesondere S. 91.

8 Die Postwachstumsökonomie entstand in den 1990er-Jahren in Frankreich. Vgl. Giacomo D'Alisa / Federico Demaria / Giorgos Kallis: Artikel «De-

Monetärer Bereich: 20 Stunden bezahlte Erwerbsarbeit	Regionale Ökonomie De-globalisierte Wertschöpfungsketten Regionale Komplementärwährungen Community Supported Agriculture (CSA)
	Globale Ökonomie Umgestaltung statt Neuproduktion (Stoffliche Nullsummenspiele) Effiziente und konsistente Technologien Physisch und kulturell dauerhaftes Produktdesign Reparabilität und Modularität Konversion, Renovation, Re-Building, Re-Manufacturing Ressourcengewinnung durch Entseigelung und Rückbau
Entkommerzialisierter Bereich: 20 Stunden unbezahlte private und gesellschaftliche Arbeit	Suffizienzökonomie Entrümpelung: Wohlstandsballast abwerfen Entschleunigte Lebensstile, Zeitsouveränität gewinnen Reizüberflutung vermeiden
	Subsistenzökonomie Eigenproduktion (Nahrung, Handwerk, Erziehung) Instandhaltung/Reparatur (längere Nutzungsdauer) Gemeinschaftsnutzung (Nutzungsintensivierung) Leistungsaustausch in sozialen Netzen Gemeinnützige Arbeit/Ehrenamt

Tabelle 2 Die Postwachstumsökonomie im Überblick

[Quelle: Niko Paech: Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie, 8. Aufl., München 2014, S. 151]

to continue, or stop capitalism to allow life to continue?»¹⁰

Wie sehr manche Umweltaktivisten den Klimawandel als Instrument nutzen wollen, den Kapitalismus auszuhebeln, zeigt ein Blick auf die visionären Strukturen einer Postwachstumsgesellschaft. Danach sollen die Globalisierung und der internationale Handel zurückgedreht und die bezahlte Arbeitszeit auf 20 Stunden pro Woche redu-

ziert werden. Die zweiten 20 Stunden sind nicht für Freizeit, sondern für Eigenproduktion von Nahrungsmitteln, für individuelle handwerkliche Leistungen und für notwendige gesellschaftliche, ehrenamtlich auszuübende Arbeiten vorgesehen. Insgesamt soll die Gesellschaft genügsamer werden, mit weniger auskommen, überwiegend auf regionale Produkte zurückgreifen, Wohlstandsballast abwerfen und entschleunigt leben (Einzelheiten siehe Tabelle 2). Es wäre ein Rückzug ins einfache (vorindustrielle) Leben.

Allein diese kurze Beschreibung zeigt: Die Postwachstumsökonomie wäre eine

10 <https://www.theguardian.com/commentisfree/2019/apr/25/capitalism-economic-system-survival-earth> (zuletzt aufgerufen am 28.3.2021)

ganz andere Gesellschaft. In ihr hätten materielle Güter nicht mehr den gesellschaftlichen Stellenwert wie heute. Heute haben Güter für die meisten Menschen mehr als nur einen funktionalen Nutzen. Beispielsweise dient Kleidung nicht nur dazu, sich vor Kälte oder Sonnenstrahlen zu schützen, mit einer Uhr will man nicht nur wissen, wie spät es ist, ein Auto ist nicht nur ein Transportmittel. Bestimmte Konsumgüter werden vielmehr zu Statussymbolen aufgeladen, mit denen die Zugehörigkeit zu einer bestimmen sozialen Schicht demonstriert und die eigene Identität ausgedrückt wird.

So kaufen viele Menschen vor allem deshalb neue Produkte, um sich in der gesellschaftlichen Hierarchie zu positionieren. Dieser Positions- bzw. Statuswettbewerb, den diverse Ökonomen und Soziologen analysiert haben¹¹, ist auf der Nachfrageseite genauso eine Triebfeder wirtschaftlichen Wachstums wie die Innovationen der Pionierunternehmer auf der Angebotsseite. Beide greifen wie Zahnräder ineinander. Die Unternehmer entwickeln neue Produkte, um ihren Marktanteil zu vergrößern. Die neuen Produkte treffen am Markt auf zahlreiche statusorientierte Verbraucher, die an neuen Produkten großes Interesse zeigen. So wird ständig neues Angebot geschaffen und gleichzeitig durch gesellschaftliche Mechanismen wie den Statuswettbewerb Nachfrage erzeugt. Es entsteht eine Wachstums spirale, die den Kapitalismus in Bewegung hält und ihn stabilisiert.

Statuswettbewerb ist aber kein Phänomen, das der Kapitalismus hervorgebracht

hat. So finden sich schon in der Antike, in der Ilias und in der Odyssee Homers, aber auch bei Hesiod zahlreiche Belege für das Streben der Menschen nach Reichtum und Besitz, an dem sie Ehre und Ruhm festmachen. Im fleißigen Wettstreit Arbeitender sah Hesiod den richtigen Weg zur Akkumulation von Reichtum und Macht. «Etwas zu begehren, nach etwas zu streben galt den Griechen Homers und Hesiods als menschlich schlechthin.»¹² Nach Harvey L. Ruben, Psychiatrie-Professor an der Yale-Universität, scheinen die Menschen in fast jeder Kultur und in jedem Entwicklungsstadium den Drang zu haben, andere zu übertrumpfen.¹³ Ähnlich drückte es jüngst Bernd Ladwig vom Otto-Suhr-Institut der FU Berlin aus: «Wir Menschen sind Tiere, die dazu neigen, sich mit anderen zu vergleichen.»¹⁴

Auch wenn einige Sozialwissenschaftler zweifeln, ob das Streben, besser oder mehr sein zu wollen als andere, wirklich ein genetisch verankerter Trieb der Menschen ist¹⁵, der Statuswettbewerb ist in der kapitalistischen Gesellschaft allgegenwärtig. Ob bei dieser Sachlage eine Postwachstumsgesellschaft

11 Vgl. vor allem James Duesenberry: *Income, Saving and the Theory of Consumer Behaviour*, Cambridge (Mass.) 1949. – Thorsten Veblen: *Theorie der feinen Leute. Eine ökonomische Untersuchung der Institutionen*, Köln-Berlin 1958 – Fred Hirsch: *Die sozialen Grenzen des Wachstums*, Hamburg 1980.

12 Josef Wieland: *Die Entdeckung der Ökonomie. Kategorien, Gegenstandsbereiche und Rationalitätstypen der Ökonomie an ihrem Ursprung*, Bern/Stuttgart 1989, S. 64, zitiert nach Lucia Reisch: *Status und Position. Kritische Analyse eines sozioökonomischen Leitbildes*, Wiesbaden 1995, S. 171 (Fn. 7).

13 Vgl. Harvey L. Ruben: *Competing. Understanding and winning the strategic games we all play*, New York 1980, S. 16.

14 Bernd Ladwig im WDR 5, Reihe «Neugier genügt» am 16.4.2018

15 Mit der Frage, ob das Wettbewerbs- und Positionsstreben in der Natur der Menschen liegt, befasst sich ausführlich und auch kritisch Lucia Reisch: *Status und Position. Kritische Analyse eines sozioökonomischen Leitbildes*, Wiesbaden 1995. Zu den Vorbehalten gegen die These des in der menschlichen Natur angelegten Wettbewerbsverhaltens siehe insbesondere S. 303 ff.

ohne Statuswettbewerb politisch überhaupt realisierbar wäre, ist zu bezweifeln. Die Politik muss realistischerweise von den Menschen ausgehen, wie sie nun mal sind. Schon Eduard Bernstein stellte 1899 fest: «Wir haben die Arbeiter so zu nehmen wie sie sind[...] Sie haben die Tugenden und die Laster der wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen, unter denen sie leben. Und weder diese Bedingungen noch ihre Wirkungen lassen sich von einem Tage auf den anderen beseitigen.»¹⁶

Ökologischer Optimismus

Gegen die Szenarien eines drohenden Weltuntergangs, mit denen die Klima-Aktivisten versuchen, Ängste zu schüren und einen Ausstieg aus der kapitalistischen Wachstumsgesellschaft zu erzwingen, sprechen jedoch alle bisherigen geschichtlichen Erfahrungen. Schon dem Club of Rome wurde vorgeworfen, in seiner Studie über die Grenzen des Wachstums Anfang der 1970er-Jahre lediglich Trends der Vergangenheit in die Zukunft verlängert zu haben. Solche Status-quo-Prognosen zeigen nur, was unter ceteris paribus-Bedingungen, wenn also alles Übrige gleichbliebe, geschehen würde.

In Wirklichkeit bleibt jedoch alles Übrige nicht gleich. Deshalb sind apokalyptische Prognosen bisher nie eingetreten. Beispiel: Der britische Ökonom Thomas Robert Malthus behauptete 1798, die Bevölkerung wachse exponentiell, die Nahrungsmittelproduktion aber nur linear. Folge: immer wieder Hungersnöte. Große Resonanz fand fast zwei Jahrhunderte später die Prognose des US-Biologen Paul R. Ehrlich, der eine weltweite Hun-

gersnot in den 1970er- und 1980er-Jahren aufgrund der Überbevölkerung voraussagte.¹⁷ Auch das ist nicht eingetreten.

Anderer Fall: Mitte des 19. Jahrhunderts wurden 95 Prozent aller Transporte mit Pferdefuhrwerken abgewickelt. Auf den Hinterlassenschaften der Pferde sammelte sich Ungeziefer, das tödliche Krankheiten wie beispielsweise Typhus verbreitete. Die Times sagte voraus, bis 1950 würden in London die Straßen mit einer drei Meter hohen Mist-schicht bedeckt sein. Mit dem Aufkommen des Automobils verschwand das Problem des Pferdemists innerhalb weniger Jahre.

Alle Weltuntergangspropheten haben das Erfindungspotenzial der Menschen unterschätzt. Tatsächlich haben technische Neuerungen vieles ermöglicht, was lange Zeit unvorstellbar war. Längst arbeitet die Wissenschaft an Konzepten, wie Rohstoffe endlos wiederverwertet werden können. Dazu müssen die Unternehmen neue Produkte, neue Designs und Verfahren entwickeln, bei denen kein Abfall mehr entsteht, sondern die Werkstoffe nach ihrem Gebrauch wieder in einen neuen Wertschöpfungsprozess eingehen. Kreislaufwirtschaft (zirkuläre Ökonomie) verspricht, wirtschaftliches Wachstum und Ressourcenverbrauch zu entkoppeln.¹⁸ Wie das bereits in den letzten beiden Jahrzehnten zunehmend gelungen ist, hat der amerikanische Ökonom Andrew McAfee kürzlich in einer eindrucksvollen Analyse beschrieben.¹⁹

16 Eduard Bernstein: *Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie*, Classic Reprint (Forgotten Books) der 1902 im Verlag J.H.W. Dietz in Stuttgart erschienenen Ausgabe, London 2015, S. 184.

17 Vgl. Paul R. Ehrlich: *The Population Bomb*, New York 1968

18 Vgl. zur Kreislaufwirtschaft Reinhold Rünker: *Intelligente Industrie durch zirkuläre Wertschöpfung*, Friedrich-Ebert-Stiftung, WISO direkt 08/2017. Bei der zirkulären Wirtschaft geht es laut Rünker «um Gestaltung statt Abwehr, es geht um Wohlstand für alle statt Verzicht.»

19 Vgl. Andrew McAfee: *Mehr aus weniger. Die über-*

Auch ohne Nutzung fossiler Brennstoffe ist weiteres Wirtschaftswachstum möglich. Für ein zukünftig klimaneutrales Wachstum zeichnen sich technische Lösungsansätze ab. Im Auftrag von Agora Energiewende, Agora Verkehrswende und der Stiftung Klimaneutralität haben Wissenschaftler des Prognos-Instituts, des Öko-Instituts und des Wuppertaler Instituts für Klima, Umwelt, Energie Ende 2020 eine Studie vorgelegt, wie Deutschland bis 2050 technisch und wirtschaftlich im Rahmen der normalen Investitionszyklen klimaneutral werden kann.²⁰ In die gleiche Richtung geht eine von McKinsey durchgeführte Studie, nach der die Europäische Union das erklärte Ziel der Klimaneutralität bis 2050 ohne gesamtwirtschaftliche Mehrkosten erreichen kann. Über die Hälfte der notwendigen Emissionsreduktion sei mit bereits vorhandenen und ausgereiften Technologien möglich. Es müsste nur entsprechend viel, nämlich 180 Mrd. Euro jährlich, investiert werden. Diese Kosten ließen sich an anderer Stelle durch Einsparungen wieder kompensieren.²¹

Es gibt somit keinen Grund, auf Wirtschaftswachstum zu verzichten, und schon gar nicht muss der Kapitalismus wegen der drohenden ökologischen Gefahren überwunden werden. Für viele Öko-Aktivist*innen sind diese «Gefahren» nur ein Vorwand, um eine grundlegend andere Gesellschaft, eine Gesellschaft ohne Statuswettbewerb, letztlich ein ganz anderes Leben durchzusetzen.

raschende Geschichte, wie wir mit weniger Ressourcen zu mehr Wachstum und Wohlstand gekommen sind – und wie wir jetzt unseren Planeten retten, München 2020.

20 Vgl. Prognos, Öko-Institut, Wuppertal-Institut: Klimaneutrales Deutschland. Studie im Auftrag von Agora Energiewende, Agora Verkehrswende und Stiftung Klimaneutralität, Berlin 2020.

21 McKinsey-Pressemitteilung vom 3. Dezember 2020.

Es wäre aber geradezu kontraproduktiv, das Streben der Menschen, sich von anderen abzuheben und eine eigene Identität zu entwickeln, nicht für die ökologische Transformation zu nutzen. Es gilt, immer mehr klimaneutrale Produkte auf den Markt zu bringen, ihnen qua Werbung zunächst Statussymboleigenschaften zu verleihen, damit möglichst viele sie besitzen wollen, und so über die kapitalistischen Wettbewerbsmechanismen den ökologischen Wandel anzustoßen und voranzutreiben.

Den Kapitalisten ist es egal, womit sie Profit erwirtschaften. Wenn sich nur noch mit klimaneutralen Waren Gewinn erzielen lässt und mit klimaschädlichen Produkten Verluste eingefahren werden, werden sie ihre Produktion entsprechend umstellen. Die Politik muss nur die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen auf die ökologischen Anforderungen ausrichten. Und wichtig dabei ist: Klimaneutrale Produkte dürfen keine Luxusgüter bleiben. Es darf nicht nur einen vollelektrischen Porsche für 180.000 Euro geben, sondern es muss ebenso ein vollelektrischer Polo für nur 18.000 Euro im Angebot sein. Wenn sich nur mit klimaneutralen Produkten, die sich alle leisten können, Profite erzielen lassen, wird eine kapitalistische Wirtschaft mit wachsendem Konsum bei gleichzeitigem Klimaschutz möglich sein. Sie wird in der Bevölkerung erheblich mehr Zustimmung finden als eine Postwachstumsökonomie, die für alle Verzicht bedeuten würde.

Kritikpunkt 2: Der Kapitalismus lässt viele Bedürfnisse der Menschen unbefriedigt

Die am meisten geäußerte Kritik an der Profitorientierung der Unternehmen im Kapitalismus lautet: Wenn die Manager die unternehmerischen Entscheidungen allein unter

dem Gesichtspunkt der Gewinnmaximierung treffen, werden weder alle grundlegenden Bedürfnisse der Menschen befriedigt noch das Gemeinwohl ausreichend berücksichtigt. Deshalb müsse das kapitalistische System überwunden werden.

Dem ist entgegenzuhalten: Kein Unternehmen kann Gewinn erwirtschaften, wenn es seine Produkte nicht verkauft. Und verkaufen lassen sich nur Produkte, die Bedürfnisse von Menschen befriedigen. Allerdings: Produkte werden nicht nur – wie erläutert – nach ihrem funktionalen Nutzen, sondern auch danach bewertet, ob sie als Statussymbol geeignet sind. Auch ein SUV oder ein vergoldeter Wasserhahn befriedigen ein Bedürfnis, sonst würden die Käufer sie nicht erwerben. Und auch so manche Sportart, die betrieben wird, wie z. B. Golf, dient nicht nur der körperlichen Fitness, sondern drückt die Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Schicht aus.

Die Kritik richtet sich also eigentlich nicht gegen das Profitstreben der Unternehmen, denn diese erfüllen mit ihrem Angebot nur die manifesten Wünsche von Konsumenten. Die Kritik richtet sich vielmehr gegen das Bedürfnis vieler Menschen nach Prestige Konsum. Den sehen viele Kapitalismuskritiker unter Berufung auf den deutsch-amerikanischen Soziologen Herbert Marcuse als «falsches Bedürfnis». ²² Denn laut Marcuse würden im Kapitalismus über Werbung «falsche Bedürfnisse» geweckt. Selbst wenn die Menschen Bedürfnisse wie z. B. den Prestige Konsum als ihre eigenen ausgeben würden und sich in der Gesellschaft, in der sie leben, wohlfühlten, wären es falsche Bedürf-

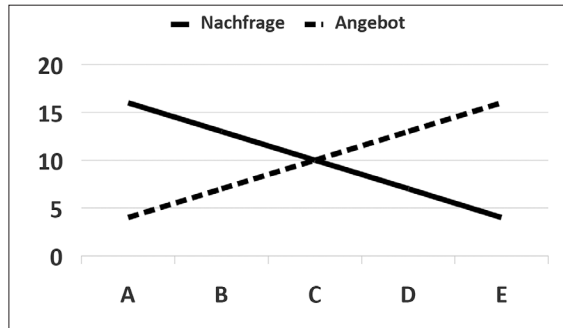
nisse, weil sie ihnen von oben eingeredet würden und nur dem kapitalistischen Herrschaftssystem dienen. Zwar räumt Marcuse ein: «In letzter Instanz muss die Frage, was wahre und was falsche Bedürfnisse sind, von den Individuen selbst beantwortet werden», macht aber sofort die Einschränkung: «wenn sie frei sind, ihre eigene Antwort zu geben. Solange sie davon abgehalten werden, autonom zu sein, solange sie (bis in ihre Triebe hinein) geschult und manipuliert werden, kann ihre Antwort auf diese Frage nicht als ihre eigene verstanden werden.» ²³

Hier wird also bestritten, dass der Drang der Menschen, sich voneinander abzugrenzen und eine eigene Identität herauszustellen, ein in der menschlichen Natur angelegtes Bedürfnis ist. Mit der weiteren Behauptung, dass die Menschen im Kapitalismus manipuliert würden, immunisieren sich diejenigen Kapitalismuskritiker, die sich auf Marcuse berufen, gegen die Falsifizierung ihrer These. ²⁴ Denn wenn empirische Erhebungen zutage fördern, dass sich viele Menschen im Kapitalismus wohl fühlen und ihr Leben gar nicht als Unterdrückung empfinden, sind das in den Augen der sich auf Marcuse berufenden Kapitalismuskritiker keine «wahren» Empfindungen, sondern eben Ergebnisse der Manipulation. Erwin K. Scheuch brachte es in seiner kritischen Analyse des Gesellschaftsbildes der «68er» mit ironischem Unterton auf den Punkt:

22 Die Unterscheidung von «wahren» und «falschen» Bedürfnissen wurde von der 1968er-Studentenbewegung aufgegriffen und spielt bis heute auch im linken Spektrum der SPD eine Rolle.

23 Herbert Marcuse: *Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Gesellschaft*, Ausgabe Deutscher Taschenbuch Verlag, 3. Aufl., München 1998, S. 26.

24 Eine Aussage, die empirisch nicht überprüfbar (falsifizierbar) ist, hat keinen wissenschaftlichen Aussagewert. Vgl. dazu Hans Albert: *Theorie und Prognose in den Sozialwissenschaften*, in: Ernst Topitsch (Hrsg.): *Logik der Sozialwissenschaften*, 4. Aufl., Köln 1967, S. 126 ff.



1 Der Preismechanismus (Angebot und Nachfrage am Markt)

«Nach Meinung der «Neuen Linken» ist das Schlimmste an der bürgerlichen Gesellschaft die Zufriedenheit der Menschen mit ihr. Dadurch bemerken diese Menschen den Zustand ihrer Verelendung nicht einmal.»²⁵

Die These von den «wahren» Bedürfnissen, die die Menschen aufgrund des kapitalistischen Manipulationsapparates gar nicht erkennen, dient einer selbsternannten «aufgeklärten Elite» als Rechtfertigung für ihre politischen Aktionen gegen den Kapitalismus – selbst wenn eine breite Mehrheit der Bevölkerung oder die Arbeiter, in deren Interesse diese Aktionen vorgeblich erfolgen, gar nicht dahinterstehen. Dann bleibt es nur einer kleinen intellektuellen Elite vorbehalten, im Besitz einer «objektiven Wahrheit» zu sein und den alleinigen Durchblick zu haben. Das aber würde in letzter Konsequenz bedeuten: Demokratische politische Entscheidungsfindung ist überflüssig, weil es objektiv richtige Entscheidungen gibt, die nur die selbsternannte politische Elite kennt.

Mit den Grundwerten der SPD ist diese Position nicht vereinbar. So heißt es im Berliner Grundsatzprogramm von 2007: «Wir

widersprechen jedem politischen Allmachtsanspruch über die Menschen. Wenn Politik selbst Glück und Erfüllung verspricht, läuft sie Gefahr, in totalitäre Herrschaft abzugleiten.»²⁶ Zu Recht hat Helmut Schmidt, damals Fraktionsvorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, 1968 in der Debatte des Deutschen Bundestags diese bei einem Teil der seinerzeitigen studentischen Jugend anzu treffende Haltung, alles besser zu wissen und die «wahren Interessen des Volkes» zu kennen, als elitäre Arroganz bezeichnet.²⁷

Zwischen dem Profitstreben der Unternehmen bzw. der Verwertungslogik des Kapitals und den Bedürfnissen der Menschen besteht kein prinzipieller Gegensatz. Private, profitorientierte Unternehmen und der Markt befriedigen allerdings nicht alle Bedürfnisse der Menschen. Denn private Unternehmen bieten nur so viele Waren und Dienstleistungen an, wie sich gewinnbringend verkaufen lassen. Das liegt in der Logik des marktwirtschaftlichen Preismechanismus. Die Zusammenhänge sind eigentlich banal, trotzdem sollen sie hier in

25 Erwin K. Scheuch: Das Gesellschaftsbild der «Neuen Linken», in: ders. (Hrsg.): *Die Wiedertäufer der Wohlstandsgesellschaft. Eine kritische Untersuchung der «Neuen Linken» und ihrer Dogmen*, Köln 1968, S. 133 f.

26 Hamburger Programm, beschlossen auf dem Bundesparteitag der SPD am 28. November 2007, (1. Auflage) S. 14.

27 Vgl. Deutscher Bundestag, 5. Wahlperiode, 169. Sitzung, Stenographischer Bericht, Bonn, 30. April 1968, S. 9011.

Abbildung 1 nochmal verdeutlicht werden. Denn daraus lassen sich Antworten auf die Frage ableiten, wann der Marktmechanismus zu sozial akzeptablen Ergebnissen führt und wann der Staat eingreifen muss, um gesellschaftspolitisch nicht erwünschte Ergebnisse zu vermeiden.

Abbildung 1 verdeutlicht an einem vereinfachten Diagramm, wie sich am Markt ein Produktpreis bildet und welche Folgen das für einen Teil der Nachfrager hat. Die von links unten nach rechts oben verlaufende (gestrichelte) Linie zeigt, zu welchem Preis (senkrechte Achse) die Anbieter welche Produktmenge (waagerechte Achse) auf den Markt bringen, die von links oben nach rechts unten verlaufende Gerade zeigt, zu welchem Preis die Nachfrager welche Produktmenge kaufen. Bei einem hohen Preis würden die Produzenten viel anbieten, aber es würde nicht genügend nachgefragt. Bei einem niedrigen Preis würde viel nachgefragt, aber zu wenig angeboten. Durch den Wettbewerb spielt sich am Markt ein Gleichgewichtspreis ein, bei dem die angebotene der nachgefragten Menge entspricht. In Abbildung 1 beträgt der Gleichgewichtspreis 10 Euro, der Wert, bei dem sich Angebots- und Nachfragelinie schneiden.

Alle Nachfrager, die für das Produkt 10 Euro oder mehr zu zahlen bereit sind (= Nachfrager links vom Gleichgewichtspunkt) werden sich am Markt mit dem Produkt versorgen können. Diejenigen, die den Preis von 10 Euro nicht bezahlen wollen (oder können!), gehen leer aus. Der Marktmechanismus befriedigt somit nur die Bedürfnisse derjenigen mit genügend Kaufkraft. Genau hier setzt die Kapitalismuskritik an: Zwar sorgt der Marktmechanismus für ein breites Güterangebot, aber nicht alle können sie zu dem Preis, zu dem sie angeboten werden, kaufen.

Das ist so lange unproblematisch, wie es sich um Luxusprodukte wie z. B. Champagner oder Rolex-Uhren handelt. Problematisch wird es jedoch bei Gütern, die zur Grundversorgung zählen: z. B. Wohnung, Gesundheitsleistungen, Bildung. Grundsätzlich ließen sich auch alle diese Dienstleistungen nur nach marktwirtschaftlichen Prinzipien anbieten: dann müssten für alle Wohnungen Marktmieten bezahlt, das ärztliche Honorar individuell ausgehandelt und für den Besuch von Kitas, Schulen und Universitäten müssten kostendeckende Gebühren entrichtet werden. Das aber würde dazu führen, dass – wie auf jedem Markt – sozial schwache Haushalte, die sich rechts vom Gleichgewichtspreis befinden, leer ausgehen. Sie könnten sich keine Wohnung leisten, ärztliche Behandlung und Medikamente nicht bezahlen und auch das Geld für den Schulbesuch nicht aufbringen.

Aus dieser nicht zu bestreitenden Tatsache ziehen viele Kapitalismuskritiker die undifferenzierte Schlussfolgerung: Wegen der Profitorientierung der privaten Unternehmen würde im Kapitalismus das Gemeinwohl zu wenig berücksichtigt. Statt gesellschaftlich notwendiger Produkte und Dienstleistungen für viele würden Luxusgüter für wenige produziert. Doch dieser Vorwurf ist zu pauschal. Er lässt außer Acht, dass in einer Demokratie die jeweilige politische Mehrheit bestimmt, welche Bereiche der Wirtschaft der Profitlogik folgen sollen und welche gesellschaftlichen Bereiche aus der Profitlogik herausgenommen werden, um auch sozial schwächere Bevölkerungsschichten mit bestimmten Waren und Dienstleistungen des Grundbedarfs zu versorgen.

Genau darauf zielt der vielzitierte Satz aus dem Godesberger Programm der SPD von 1959 «Wettbewerb so weit wie mög-

lich – Planung so weit wie möglich»²⁸ ab. Gemeint ist damit: Wo Wettbewerb, Marktmechanismen und Profitorientierung sozial schwache Bevölkerungsschichten von Waren und Dienstleistungen ausschließen, die zur Grundversorgung zählen, muss der Staat in das Wirtschaftsgeschehen eingreifen. Planung also nicht im Sinne eines zentralen, für alle verbindlichen Plans, sondern als Sammelbegriff für staatliche Maßnahmen, die bei der Grundversorgung gesellschaftspolitisch unerwünschte Folgen der Markt- und Profitmechanismen vermeiden.

Über meritorische Güter zu mehr Gleichheit

Wo darf Profitmaximierung bzw. Minimalkostenkombination der Maßstab sein, und wo muss er durch andere Kriterien ersetzt werden? Die Antwort auf diese Frage hat Erhard Eppler auf dem Sonderparteitag der SPD 1971 anschaulich formuliert. Eppler betonte damals, die Qualität des Lebens hinge zunehmend weniger vom Zuwachs des privaten Konsums, sondern immer mehr von den Leistungen und Investitionen der öffentlichen Haushalte ab. Deshalb müssten die Einnahmen des Staates rascher steigen als der private Verbrauch. Da dies nur bei einigermaßen gerechter Verteilung der Lasten geleistet werden könne, wären vorrangig die Steuern auf hohe Einkommen und große Vermögen zu erhöhen. Eine Anhebung der Mehrwertsteuer sollte erst dann erwogen werden, wenn alle anderen Steuerquellen ausgeschöpft seien und das Interesse der Gesellschaft dies er-

fordere.²⁹ Ein Satz aus seiner Rede, der verdeutlicht, was Lebensqualität eigentlich bedeutet, wurde später immer wieder zitiert. «Für ein Kind ist es wichtiger, dass es in der Nähe ein Schwimmbad hat, als dass es eine singende oder sprechende Puppe geschenkt bekommt.»

Der Gedanke von «mehr Lebensqualität durch mehr staatliche (öffentliche) Güter» stammte von dem amerikanischen Ökonomen John Kenneth Galbraith, der die These vom privaten Reichtum und öffentlicher Armut formuliert hatte.³⁰ Aber auch das ist eigentlich kein Problem, das nur im Kapitalismus auftritt. Schon Aristoteles schrieb im zweiten Buch seiner Politik: «Denn je mehr etwas vielen gemeinsam (an)gehört, desto weniger wird für dasselbe Sorge getragen. Vielmehr für das Eigene sorgt man vorzugsweise, für das Gemeinsame aber weniger oder doch nur, soweit es den Einzelnen berührt, denn abgesehen von anderen Gründen vernachlässigt man dasselbe schon deshalb mehr, weil jeder hier denkt, ein anderer kümmere sich darum ...»³¹.

Was zum Grundbedarf zählt und wie weit der Staat dafür verantwortlich sein soll, dass alle mit diesem Grundbedarf – den sog. meritorischen Gütern³² – versorgt

28 Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, beschlossen vom Außerordentlichen Parteitag in Bad Godesberg vom 13. bis 15. November 1959, abgedruckt in: *Programme der deutschen Sozialdemokratie*, Hannover 1963 (Dietz Verlag), S. 194.

29 Vgl. <http://library.fes.de/fulltext/bibliothek/chronik/band3/e235g1761.html>.

30 Vgl. John Kenneth Galbraith: *Gesellschaft im Überfluss*, München/Zürich 1959, S. 220 ff.

31 Aristoteles: *Politik. Zweites Buch*, 3. Kapitel, Randnummer 1261 b, 30, hier zitiert nach der Ausgabe *Rowohlt's Klassiker der Literatur und der Wissenschaft, Griechische Literatur* Band 8, München 1965, S. 40.

32 Als meritorische Güter werden in Anlehnung an den deutsch-amerikanischen Finanzwissenschaftler Richard A. Musgrave Güter bzw. Dienstleistungen bezeichnet, deren Nutzung für alle möglich sein soll (meritorisch = wünschenswert). Vgl. Horst Zimmermann / Klaus-Dirk Henke / Michael Broer: *Finanzwissenschaft. Eine Ein-*

sind, entscheidet in jedem Land die jeweilige politische Mehrheit. In Deutschland werden zwar parteiübergreifend die Bereiche Gesundheit, Bildung und Wohnen zum Grundbedarf gerechnet: Jeder soll unabhängig von seinem Einkommen Zugang zu allen medizinisch notwendigen Leistungen und die gleiche Chance auf Bildung haben sowie eine für ihn bezahlbare Wohnung mieten können. Politisch kontrovers bleibt aber, wie das Ziel am besten zu erreichen ist. In der Gesundheitspolitik ist seit Jahren das Nebeneinander von gesetzlichen und privaten Krankenkassen strittig, beim Bildungssystem geht es immer wieder um grundsätzliche Strukturfragen (gegliedertes Schulsystem versus Gesamtschule), in der Wohnungspolitik bestehen unterschiedliche Auffassungen, ob und wie viele Wohnungen von staatlichen bzw. gemeinnützigen oder genossenschaftlichen Anbietern bereitgestellt werden müssen.

Wirtschaftsdemokratie?

Ein anderer Ansatz als der, über ein breites Angebot an öffentlichen und sozialen Dienstleistungen gesellschaftlich unerwünschte Folgen des Kapitalismus und seines Minimalkostenprinzips zu vermeiden, war die «Wirtschaftsdemokratie». Der Begriff stammt von Franz Naphtali, dem Leiter der Forschungsstelle Wirtschaftspolitik beim Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) in der Weimarer Republik.³³ Kern der Wirtschaftsdemokratie sollten Selbstverwaltungskörperschaften sein, in denen

die Arbeitnehmer paritätisch mit den anderen organisierten Wirtschaftskräften wirtschaftspolitische Fragen beraten sollten. Damit sollte die Wirtschaft nach gewirtschaftlichen Gesichtspunkten geführt und die vorrangige Orientierung am Profit zurückgedrängt werden.

Nach dem Zweiten Weltkrieg forderte Viktor Agartz eine wirtschaftliche Selbstverwaltung durch paritätische Besetzung aller Wirtschaftskammern der Industrie, des Handwerks, des Handels und der Landwirtschaft mit Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern.³⁴ Die Kammern sollten im Rahmen einer demokratisch sozialistischen Wirtschaftsplanung beratende Funktion haben. 1971 sprach sich auch der DGB für paritätisch besetzte Wirtschafts- und Sozialräte auf Bundes-, Länder- und Gemeindeebene aus. Die bisherigen Unternehmenskammern sollten ihren öffentlich-rechtlichen Status, einschließlich der Zwangsmitgliedschaft, verlieren und nur noch als private Vereinigungen der Unternehmer fortbestehen. Diejenigen Aufgaben der Kammern, die im öffentlichen Interesse liegen (Beratungsfunktion in der regionalen Strukturpolitik), sollten dem regionalen Wirtschafts- und Sozialrat übertragen werden.³⁵

34 Viktor Agartz: *Sozialistische Wirtschaftspolitik. Rede auf dem SPD-Parteitag in Hannover 1946*, Protokoll Hamburg 1947, S. 120.

35 Vgl. Mitbestimmung im gesamtwirtschaftlichen Bereich - Verabschiedet einstimmig vom Bundesausschuss des DGB am 3. März 1971, und Wilhelm Kaltenborn: Über die Notwendigkeit gesamtwirtschaftlicher Mitbestimmung. Bemerkungen zum Verhältnis von Staat und Gesellschaft, beide in: *Gewerkschaftliche Monatshefte*, Heft 9/1971, S. 521 ff. und S. 569 ff. - Bernd Otto: *Gewerkschaftliche Konzeptionen überbetrieblicher Mitbestimmung*, Köln 1971. - Zur kontroversen öffentlichen Diskussion siehe Zeitgespräch «Wirtschafts- und Sozialräte?» in: *Wirtschaftsdienst*, Heft 4/1973, S. 171 ff. - Die Hochschulinitiative Demokratischer

führung in die Lehre von der öffentlichen Finanzwirtschaft, 10. Aufl., München 2009, S. 54 f.

33 Vgl. Fritz Naphtali: *Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel*, unveränderte Neuauflage, Frankfurt a.M. 1969.

Die Forderung spiegelte das Empfinden von SPD und Gewerkschaften wider, bei der Politik nicht ausreichend Gehör zu finden. Deshalb verlangten sie organisatorische Veränderungen bei denjenigen Institutionen, bei denen sie einen zu großen Einfluss auf die Entscheidungen der Parlamente vermuteten.³⁶ Bei Planungen und Gesetzesvorhaben ist es jedoch seit langem gängige Praxis, alle Interessenorganisationen anzuhören, und zwar nicht nur die klassischen Verbände von Arbeit und Kapital, sondern alle Gruppen, also z.B. auch Verbraucher- und Umweltverbände. So können sich Parlamente und Regierungen vor jeder Entscheidung stets auf eine Vielzahl von Verbandsmeinungen und wissenschaftlichen Expertisen stützen, die allerdings häufig gegensätzlich sind.

Inzwischen ist die Idee der Wirtschafts- und Sozialräte überholt. Das erkennt auch der DGB an. In seinem Grundsatzprogramm von 1996 nimmt er nur noch Bezug auf die gängige Praxis: «Industrie- und dienstleistungspolitische Gesprächs- und Steuerungs-

gremien in der Region, in der Branche, im nationalen wie transnationalen Bereich, dienen dem Ausbau eines Systems der Beratung, Beteiligung und Mitbestimmung.»³⁷ Ein Beispiel aus jüngster Zeit für diese Praxis ist die interdisziplinär und pluralistisch zusammengesetzte Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung (Kohlekommission), die am 6. Juni 2018 von der Bundesregierung eingesetzt wurde und im Januar 2019 Empfehlungen für den Kohleausstieg vorgelegt hat.

Das Wirtschafts- und Sozialrätekonzept ist nicht nur durch die Praxis überholt. Eine aus Vertretern aller Parteien zusammengesetzte Enquete-Kommission «Verfassungsreform» des Deutschen Bundestages hatte sie bereits 1977 in ihrem Abschlussbericht aus verfassungspolitischen Gründen abgelehnt.³⁸ In anderer Form, nämlich als Bürgergremie bzw. Konsultative, kehrt die Idee heute wieder.³⁹

Wirtschafts- und Sozialräte sind heute nicht zuletzt auch deshalb nicht mehr aktuell, weil sie Teil eines Konzepts zur demokratischen politischen Steuerung der Wirtschaft waren. Die Überlegungen von Agartz kamen nicht zum Tragen, weil die SPD in den 1950er-Jahren mehrere Bundestags-

Sozialismus (HDS) hat sich in den 1970er-Jahren in zwei Bänden mit dem Thema «Wirtschaftsdemokratie» befasst. Vgl. Fritz Vilmar / Karl-Otto Sattler: *Wirtschaftsdemokratie und Humanisierung der Arbeit*, Köln-Frankfurt a.M. 1978 und Joseph Huber / Jiri Kosta: *Wirtschaftsdemokratie in der Diskussion*, Köln-Frankfurt a.M. 1978.

36 Die Kammern, insbesondere die Industrie- und Handelskammern, beanspruchen, das Gesamtinteresse der gewerblichen Wirtschaft zu vertreten. Da zur Wirtschaft auch die Arbeitnehmer gehören, wollten die Gewerkschaften in allen Kammern paritätisch vertreten sein. Ein einseitiger politischer Einfluss der Industrie- und Handelskammern konnte jedoch empirisch nicht nachgewiesen werden. Siehe dazu Hermann Adam: *Der Einfluss der Industrie- und Handelskammern auf politische Entscheidungsprozesse*, Frankfurt a.M. 1979 und ders.: Regionale Strukturpolitik, Industrie- und Handelskammern und Wirtschafts- und Sozialräte, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte*, Heft 1/1975, S. 40 ff.

37 DGB-Grundsatzprogramm 1996, Kap. II. 6: Markt und Staat, Mitbestimmung und Gestaltung, S. 20.

38 Siehe Schlussbericht der Enquete Kommission Verfassungsreform gemäß Beschluss des Deutschen Bundestages, Bundestags-Drucksache 7/5924 vom 9.12.76, S. 113 ff.

39 Sie wurde von den neuen sozialen Bewegungen und Bürgerinitiativen aufgebracht, die sich erhoffen, damit ihre Interessen gegenüber der Politik besser durchsetzen zu können. Siehe hierzu beispielsweise Patrizia Nanz / Claus Leggewie: *Die Konsultative. Mehr Demokratie durch Bürgerbeteiligung*, Berlin 2016 und Bürgergutachten Demokratie: Die Empfehlungen des Bürgerrats in Leipzig, September 2019.

wahlen verloren hatte und keine Gelegenheit bekam, die Wirtschaftsdemokratie politisch umzusetzen. Die SPD rückte deshalb mit ihrem Godesberger Programm von 1959 weitgehend von ihren ursprünglichen Vorstellungen einer demokratisch geplanten Wirtschaft ab.⁴⁰

Mitbestimmung auf Unternehmensebene

Im Konzept der Wirtschaftsdemokratie von Naphtali stand die Mitbestimmung auf Unternehmensebene nicht im Vordergrund. In der Nachkriegszeit war sie jedoch eine Kernforderung der Gewerkschaften, die auch von der SPD unterstützt wurde. 1951 gelang die Einführung der paritätischen Mitbestimmung – die paritätische Besetzung der Aufsichtsräte der Großunternehmen – in der Montan-Industrie. Die Ausdehnung auf die gesamte Wirtschaft hatte sich die SPD in der sozial-liberalen Koalition ursprünglich vorgenommen. Die 1:1-Übertragung des Montan-Modells scheiterte jedoch am Widerstand des Koalitionspartners FDP. Sie bestand auf einem Vertreter der leitenden Angestellten auf der Arbeitnehmerbank im Aufsichtsrat. Außerdem wurde im Mitbestimmungsgesetz 1976 festgelegt, dass der Aufsichtsratsvorsitzende der Kapitalseite angehören muss und mit doppeltem Stimmrecht ausgestattet wird. Dadurch sollte sichergestellt

werden, dass es bei unüberbrückbaren Meinungsverschiedenheiten zwischen Arbeitnehmern und Kapitalvertretern nicht zu einer Blockade kommt und Unternehmen handlungsfähig bleiben.

Inzwischen ist die Wirkung der Mitbestimmung vielfach wissenschaftlich untersucht. Schon die erste große Koalition Ende der 1960er-Jahre hatte auf Drängen der SPD eine Expertenkommission unter dem Vorsitz des Rechtswissenschaftlers (und späteren Ministerpräsidenten von Sachsen) Kurt Biedenkopf eingesetzt. In dem 1970 vorgelegten Gutachten kam die Biedenkopf-Kommission zum Ergebnis, das Rentabilitätsprinzip der Unternehmen werde durch die Mitbestimmung nicht angetastet: «[...] weder bei den unternehmensinternen noch bei den Vertretern der Gewerkschaften (besteht) die Absicht, das Rentabilitätsprinzip aufzugeben. Die [...] Arbeitnehmervertreter [...] waren übereinstimmend daran interessiert, die Leistungsfähigkeit ihrer Unternehmen zu erhalten und zu verbessern.»⁴¹ Auch die unternehmenspolitischen Entscheidungen des Managements wurden so gut wie nicht in Frage gestellt. Im Gegenteil: «Die unternehmenspolitischen Konzeptionen, die von der Unternehmensleitung für richtig befunden wurden, haben sich ungeachtet der Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten auch im Montan-Bereich im Ergebnis stets realisieren lassen.»⁴²

Durch die paritätische Mitbestimmung der Arbeitnehmer werden also weder inhaltlich andere unternehmerische Entscheidungen erzwungen, noch das Rentabilitätsprinzip in Frage gestellt. Die Arbeitnehmer-

40 Auch die Partei «Die Linke» distanziert sich vom DDR-Modell der Wirtschaft: «Allumfassendes Staatseigentum ist aufgrund bitterer historischer Erfahrungen nicht unser Ziel.» Sie erwähnt in ihrem Programm von 2011 Wirtschafts- und Sozialräte und runde Tische in einem Satz, bekennt sich zum Privateigentum an kleinen und mittleren Unternehmen sowie zu bäuerlichem Eigentum an Grund und Boden. Siehe Programm der Partei «Die Linke», hrsg. von der Bundesgeschäftsführung der Partei «Die Linke», Berlin 2012, S. 30 und 33.

41 Bericht «Mitbestimmung im Unternehmen» (Biedenkopf-Bericht), Bundestagsdrucksache VI/334 vom 4. Februar 1970, Tz. 35

42 Biedenkopf-Bericht, a. a. O., Tz. 39.

vertreter sitzen vielmehr mit am Tisch des Managements, diskutieren dessen Entscheidungen, lassen sie sich begründen, tragen sie letztlich mit und haben die Aufgabe, die Entscheidungen und ihre Folgen der Belegschaft zu vermitteln. Die am Rentabilitätsprinzip orientierte Unternehmenspolitik wird durch Einbindung der Arbeitnehmervertreter legitimiert und die sozialen Folgen unternehmerischer Entscheidungen über Sozialpläne abgedefert.

Damit ist die Aufsichtsrats-Mitbestimmung ein kooperationsstiftendes Instrument zur Bewältigung des wirtschaftlichen Strukturwandels und kein Instrument zur Überwindung, sondern zur sozialen Abfederung des Kapitalismus. Rund 20 Jahre später bestätigte ein gemeinsam von der Bertelsmann-Stiftung und der Hans-Böckler-Stiftung durchgeführtes Projekt die bereits im Biedenkopf-Bericht gewonnenen Erkenntnisse⁴³: Die Mitbestimmung hat die Kooperation zwischen Arbeit und Kapital im Produktionsprozess gefestigt und zum Entstehen kooperativer Unternehmenskulturen in Deutschland beigetragen. Die Mitbestimmung hat den Klassenkampf zivilisiert. Darin sah schon Eduard Bernstein «die beste Gewähr für die Verwirklichung des Sozialismus».⁴⁴ Die Vorstände in mitbestimmten Unternehmen wurden dazu «erzogen», ihre Entscheidungen nicht im stillen Kämmerlein zu treffen, sondern sie mit den Ar-

beitnehmervertretern vorher zu diskutieren und Einvernehmen mit ihnen herzustellen.

Auch jüngste empirische Studien haben die positive Wirkung der Unternehmensmitbestimmung erneut bestätigt. So geben Unternehmen weniger für die Vergütung ihrer Vorstände aus, wenn Arbeitnehmer in den Aufsichtsgremien mitbestimmen können.⁴⁵ In der Finanzmarktkrise 2008/09 haben mitbestimmte Unternehmen weniger Beschäftigte entlassen, und ihre Rentabilität fiel weniger stark als bei Unternehmen ohne Mitbestimmung.⁴⁶ Bei der Steuervermeidung sind sie im Durchschnitt zurückhaltender.⁴⁷ Und eine vor kurzem von Forschern des Wissenschaftszentrums Berlins (WZB) veröffentlichte Untersuchung hat ergeben: Unternehmen mit starker Mitbestimmung der Beschäftigten investieren mehr in die Zukunft als Firmen mit schwacher oder ganz ohne Arbeitnehmermitsprache im Aufsichtsrat.⁴⁸

Die Vorteile der Unternehmensmitbestimmung sind also nicht zu bestreiten. Es

43 Vgl. zum Folgenden Bertelsmann Stiftung; Hans-Böckler-Stiftung (Hrsg.): *Mitbestimmung und neue Unternehmenskulturen. Bilanz und Perspektiven. Bericht der Kommission Mitbestimmung*, Gütersloh 1998, S. 34 ff.

44 Eduard Bernstein: Was ist Sozialismus? Vortrag, gehalten am 28. Dezember 1918 in der Berliner Philharmonie, Berlin 2019, S. 21 (herausgegeben und verlegt von der Arbeitsgemeinschaft für staatsbürgerliche und wirtschaftliche Bildung).

45 Vgl. Sigurt Vitols: Unternehmensmitbestimmung und Vorstandsvergütung in europäischen börsennotierten Großunternehmen, Kurzfassung, Berlin, Juli 2010, abgedruckt in: *Böcklerimpuls* 12/2010, S. 5.

46 Vgl. Marc Steffen Rapp / Michael Wolff: *Starke Mitbestimmung – stabile Unternehmen, IMU-Mitbestimmungsreport* Nr. 51, 06.2019. Die Langfassung der Studie ist unter dem Titel «Mitbestimmung im Aufsichtsrat und ihre Wirkung auf die Unternehmensführung. Eine empirische Analyse vor dem Hintergrund der finanz- und Wirtschaftskrise als I. M. U.-Study Nr. 424 erschienen.

47 Marc Eulerich / Benjamin Fligge: *Aggressive Berichterstattung in deutschen Unternehmen. Der Einfluss der Mitbestimmung auf die Ausnutzung von Bilanzierungs- und Steuergestaltungsspielräumen*, I. M. U.-Mitbestimmungsreport Nr. 62, 07.2020.

48 Sigurt Vitols / Robert Scholz: Unternehmensmitbestimmung und langfristige Investitionen in deutschen Unternehmen, in: *WSI Mitteilungen*, Heft 2/2021, S. 87 ff.

war richtig, dass die SPD 1976 das Mitbestimmungsgesetz durchgesetzt hat, auch wenn es nicht zu 100 Prozent den eigenen Wünschen entsprach. Ein Kompromiss war allemal besser als nichts. Mehr als ein Drittel aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Deutschland (11 Millionen) arbeitet heute in Unternehmen, die der Mitbestimmung unterliegen.⁴⁹ Sie hat das Leben von Millionen von Menschen verbessert, und das innerhalb des kapitalistischen Systems, ohne dessen Überwindung!

Reform oder Überwindung des Kapitalismus?

Das aktuelle Hamburger Grundsatzprogramm der SPD von 2007 hat auf diese Frage eine eindeutige Antwort gegeben:

«Im 20. Jahrhundert ist mit der sozialen Marktwirtschaft ein herausragendes Erfolgsmodell geschaffen worden. Sie verbindet wirtschaftliche Stärke mit Wohlstand für breite Schichten. Die soziale Marktwirtschaft, maßgeblich geprägt durch Sozialdemokratie und Gewerkschaften, hat aus der Beteiligung und Mitbestimmung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine Produktivkraft gemacht und den sozialen Frieden gefördert.»⁵⁰ Das ist nicht nur ein starkes Bekenntnis der SPD zur deutschen Variante des Kapitalismus, der sozialen Marktwirtschaft. Es akzeptiert auch den sozialen Frieden, das partnerschaftliche Miteinander von Kapital und Arbeit, und plädiert weder für Klassenkampf noch für die Überwindung des kapitalistischen Systems.

Mit dieser positiven Einstellung gegenüber dem kapitalistischen Wirtschaftssystem befindet sich die SPD in Übereinstimmung mit großen Teilen der Bevölkerung. Über die Hälfte hatte im März 2021 eine gute Meinung über unser Wirtschaftssystem, nur 17 Prozent haben keine gute Meinung (siehe Tabelle 4). Im Vergleich zu 2005 hat sich die Einstellung der Bevölkerung gegenüber dem Wirtschaftssystem deutlich verbessert. Mehr als doppelt so viele Menschen halten heute die soziale Marktwirtschaft für gut, 2005 waren es nur 25 Prozent. Auffallend ist: Die gewachsene Zustimmung zum kapitalistischen Wirtschaftssystem fällt zeitlich zusammen mit der Phase nach Verabschiedung der umstrittenen Arbeitsmarktreform Hartz IV, die nach neueren wissenschaftlichen Untersuchungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit nach 2005 rund eine Million zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen hat.⁵¹

Die Auswirkungen der in der SPD viel kritisierten Politik des bisher letzten sozialdemokratischen Bundeskanzlers Gerhard Schröder haben also dazu beigetragen, die Akzeptanz unseres Wirtschaftssystems zu erhöhen. Dazu passt: Eine Mehrheit der Bevölkerung sprach sich in jüngerer Zeit dafür aus, die besonders im Kreuzfeuer der Kritik stehende Sanktionspraxis von Hartz-IV beizubehalten. 62 Prozent aller Wahlberechtigten gaben laut ARD-Deutschlandtrend vom Februar 2019 an, eine grundsätzliche Abschaffung von Sanktionen gehe in die «falsche Richtung». Selbst unter den

49 *Böcklerimpuls* 4/2021, S. 7.

50 Hamburger Programm. Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, beschlossen auf dem Hamburger Bundesparteitag der SPD am 28. Oktober 2007, (Hrsg. SPD Parteivorstand, 1. Auflage 11-2007), S. 42 f.

51 Vgl. Brigitte Hochmuth / Britta Kohlbrecher / Christian Merkl / Hermann Gartner: *Hartz IV and the Decline of German Unemployment: A Macroeconomic Evaluation*, IAB-Discussion Paper 3/2019. Eine deutsche Kurzfassung gibt's auf makroonom.de vom 21. März 2019.

Jahr	Meinung zum Wirtschaftssystem ¹		Marktwirtschaft führt	
	Gute Meinung	Keine gute Meinung	zu mehr	zu weniger
			sozialer Gerechtigkeit ²	
Prozent der Befragten				
2005	25	42	13	53
2021	54	17	37	26

Tabelle 4 Einstellung der Bevölkerung zur sozialen Marktwirtschaft im März 2021

1 Haben Sie von dem Wirtschaftssystem in Deutschland eine gute Meinung oder keine gute Meinung? – 2 Was meinen Sie, führt die Marktwirtschaft zu mehr oder zu weniger sozialer Gerechtigkeit?

[Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach (IfD): Soziale Marktwirtschaft – Bewährungsprobe in der Krise, Allensbach 29. März 2021, S. 11 und S. 24.]

Hartz-IV-Leistungsbeziehern befürwortete nur eine Minderheit von 38 Prozent einen Verzicht auf Sanktionen.⁵² Bei so viel prinzipieller Zustimmung zur «Philosophie» von Hartz-IV lassen sich die schlechten Wahlergebnisse der SPD nach 2005 kaum mit den Hartz-Reformen erklären. Hier wurde von einer Minderheit von Hartz-IV-Gegnern nach 2005 eine Legende gestrickt, um gegen die Parteiführung Stimmung zu machen und die SPD nach links zu rücken.⁵³

Eine Überwindung des Kapitalismus, wie sie Befürworter einer Linkswende in der SPD in jüngerer Zeit wieder anstreben,⁵⁴ ist weniger als je zuvor angezeigt. Wichtig

ist vielmehr, das Angebot an öffentlichen Dienstleistungen zu erweitern und die öffentliche Infrastruktur zu verbessern. Das bedingt – volkswirtschaftlich gesehen – eine höhere Staatsquote, d.h. einen höheren Anteil des Staates am Bruttoinlandsprodukt. Mehr öffentliche Produkte und Dienstleistungen, die kostenlos bzw. gegen eine nicht-kostendeckende Gebühr allen zur Verfügung gestellt werden, sind eine effiziente Maßnahme, um die Lebensqualität der Menschen zu verbessern und mehr soziale Gleichheit zu schaffen. Denn von einer höheren Staatsquote profitieren vor allem die sozial schwachen Schichten der Bevölkerung. Um das Bild Erhard Eppers von der Sprechpuppe und dem Schwimmbad aufzugreifen: Ein Reicher ist nicht auf ein öffentliches Schwimmbad angewiesen. Er hat seinen eigenen Pool. Ein Normalbürger kann sich aber ein Schwimmbad nur leisten, wenn der Staat eins baut und die Eintrittspreise bezuschusst, damit alle sich einen Schwimmbadbesuch leisten können.

In Deutschland ist die Staatsquote nie über die Marke von 50 Prozent hinausgekommen. Die sozial-liberale Koalition

52 Vgl. Fabian Beckmann / Rolf G. Heinze / Dominik Schad / Jürgen Schupp: *Hartz-IV-Reformvorschlag: Weder sozialpolitischer Meilenstein noch schlechende Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens*, DIW-aktuell Nr. 58/12. Februar 2021, S. 5.

53 Im Übrigen hatten die Hartz-Reformen damals auch unter SPD-Anhängern eine Mehrheit. Laut ZDF-Politbarometer vom April 2003 ging die Reform damals nur 24 Prozent der SPD-Anhänger zu weit, ein Drittel hielt sie dagegen für gerade richtig und einem weiteren Drittel gingen sie sogar nicht weit genug. Vgl. ZDF-Pressemitteilung vom 11.4.2003.

54 Siehe z. B. Projekt: Linkswende Sozialdemokratie – Schweriner Programm zur jungsozialistischen Politik im 21. Jahrhundert, beschlossen auf dem Juso-

Bundeskongress vom 22. bis 24. November 2019, hier insbes. S. 9.

F	FIN	B	S	DK	I	A	EU-28	D	E
55,6	53,3	52,1	49,4	49,2	48,6	48,4	46,7	45,2	42,1

Tabelle 5: Staatsquoten (Staatsausgaben in Prozent des BIP) in Europa 2019

[Quelle: BMF-Monatsbericht April 2021]

konnte sie zwar von 39 Prozent (1969) auf gut 47 Prozent (1982) anheben. In den ersten beiden Amtsperioden Helmut Kohls wurde sie jedoch wieder auf rund 44 Prozent zurückgeführt.⁵⁵ Seitdem schwankt sie zwischen 43 und 49 Prozent. Im europäischen Vergleich liegt Deutschland sogar unterhalb des Durchschnitts der EU-28 und hat eine niedrigere Staatsquote als Frankreich, Finnland, Schweden, Dänemark, Italien und Österreich (siehe Tabelle 5).

Das Problem einer höheren Staatsquote ist ihre Finanzierung. Die Steuern für die Reichen zu erhöhen ist bisher nicht gelungen. Die Steuerreform der sozial-liberalen Koalition blieb weit hinter den Vorstellungen des SPD-Sonderparteitages von 1971 zurück.⁵⁶ Auch die Steuerreform von Rot-Grün ist nicht so ausgefallen, wie es sich die SPD gewünscht hat. Grund ist zum einen, dass auf einen Koalitionspartner mit anderen steuer- und verteilungspolitischen Vorstellungen Rücksicht genommen werden musste. Zum anderen bedürfen Steuer-gesetze der Zustimmung des Bundesrates, weil sie die Länderfinanzen betreffen. Im Bundesrat herrschen aber in der Regel andere politische Mehrheiten als im Bundes-

tag. Deshalb musste in der Steuerpolitik stets ein All-Parteien-Konsens gesucht werden, bei dem das Ziel eines progressiveren, stärker umverteilenden Steuersystems auf der Strecke blieb.⁵⁷ Folge: Es fehlten dem Staat viele Jahre lang die nötigen Mittel, um mehr öffentliche und soziale Dienstleistungen zu finanzieren und vor allem: um die Beschäftigten, die diese Leistungen erbringen, besser zu bezahlen. Deshalb bedarf es, solange die wünschenswerte Erhöhung des Einkommensteuerspitzenatzes, die Wiederbelebung der Vermögensteuer und eine effektivere Erbschaftssteuer⁵⁸ am Widerstand der bürgerlichen Parteien scheitert, eines Plans B.

Zu überlegen wäre, ob Deutschland den Weg der sozialdemokratischen Parteien in den nordischen Ländern gehen und den regulären Mehrwertsteuersatz von 19 auf über 20 Prozent erhöhen sollte. Finnland hat einen Mehrwertsteuersatz von 24 Prozent, Schweden und Dänemark von 25 Prozent, Frankreich 20 Prozent. Da gäbe es in Deutschland also durchaus noch Luft nach oben. Eine Mehrwertsteuererhöhung hätte ökonomisch zudem den Vorteil, dass sie die

55 Es war das erklärte politische Ziel Helmut Kohls, den Staat wieder auf seine Kernaufgaben zurückzuführen. Vgl. Plenarprotokoll 10/4 des Deutschen Bundestages vom 4.5.1983, S. 56.

56 Dazu näher Hermann Adam: Zwischen ökonomischen Zwängen und Systemveränderungswünschen. Sozialdemokratische Wirtschafts- und Finanzpolitik von 1966 bis 1982, in: *perspektivends*, Heft 1/2019, S. S. 107 ff.

57 Vgl. Hermann Adam: Grenzen der Umverteilung im föderalen Sechs-Parteien-Staat, in: *Wirtschaftsdienst*, Heft 4/2020, S. 251 ff.

58 Diese Maßnahmen brächten pro Jahr nur rund 25 Mrd. Euro Mehreinnahmen und würden voraussichtlich nicht ausreichen, die notwendigen öffentlichen Ausgaben zu finanzieren. Siehe Hermann Adam: Zukunftsinvestitionen und Steuerpolitik im globalisierten Kapitalismus, in: *perspektivends*, Heft 2/2016, S. 103 ff.

internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exportgüter nicht beeinträchtigt. Denn für exportierte Waren gilt der Mehrwertsteuersatz des importierenden Landes. Deshalb würden dieser Steuererhöhung auch die bürgerlichen Parteien eher zustimmen.

Diese Maßnahme wäre allerdings unpopulär, belastet sie doch kleine und mittlere Einkommen stärker als obere Einkommen. Das gilt allerdings nicht bei der Grundversorgung, denn der ermäßigte Mehrwertsteuersatz auf Lebensmittel bliebe bei 7 Prozent, und auf die Mieten wird ohnehin keine Mehrwertsteuer erhoben. Es führt aber auch nicht zum Ziel, ständig die höhere Besteuerung der Reichen zu fordern, dann aber wegen fehlender politischer Mehrheiten immer wieder zu scheitern und keinen Plan B bereit zu haben, wie anders eine bessere finanzielle Ausstattung des Staates sichergestellt werden kann. Für öffentliche Investitionen wäre zwar eine höhere Staatsverschuldung ein ökonomisch geeigneter und auch generationengerechter Weg der Finanzierung. Dafür müsste allerdings die derzeit geltende Schuldenbremse reformiert werden.⁵⁹ Die Gehälter der Pflegetkräfte, der Lehrer und Erzieher, der Polizisten, kurz die öffentlichen Dienstleistungen, sind jedoch keine Investitionen und müssen aus den laufenden Steuereinnahmen bestritten werden. Es wird deshalb kein Weg daran vorbeiführen, zur Finanzierung eines breiten, unentgeltlichen Angebots an öffentlichen und sozialen Dienstleistungen die Mittelschicht heranzuziehen.

Eduard Bernstein wusste schon vor über 100 Jahren: «Der Socialismus hat die ste-

tige Vermehrung der unentgeltlichen Leistungen der organisierten Gemeinschaft an ihre Mitglieder auf seine Fahnen geschrieben. Auf den ersten Blick leuchtet jedoch ein, dass die Gemeinschaft ihren Angehörigen nichts geben kann, was sie nicht in irgendeiner Form vorher empfangen hat. So steht dem rechtlichen Anspruch des einzelnen an den von der Gemeinschaft übernommenen Leistungen die Pflicht gegenüber, zu den Kosten dieser Leistungen oder dem zu ihrer Bewältigung erforderlichen Arbeiten in bestimmtem Maßverhältnis beizutragen. Kein Socialist, der dies bestreitet.»⁶⁰

Was Bernstein als «unentgeltliche Leistungen der organisierten Gemeinschaft» bezeichnete, nennen wir heute kostenlose öffentliche Dienstleistungen. In ihrer Ausweitung sah Bernstein ein zentrales Ziel des Sozialismus. Dagegen beurteilte er die Vergesellschaftung der Produktionsmittel skeptisch und bezeichnete die davon erhofften Wirkungen als Wunderglauben.⁶¹ Er wollte die Effizienz privater Unternehmen nutzen und sah gleichzeitig in der parlamentarischen Demokratie, die den Arbeitern das gleiche Wahlrecht gab, den Hebel, um über politische Mehrheiten den Kapitalismus sozialer zu gestalten.⁶² «In einem guten Fabrikgesetz kann mehr Sozialismus stecken als in einer Verstaatlichung von et-

59 Siehe dazu den Gastkommentar von Achim Truger: Für eine investitionsorientierte Reform der Schuldenbremse, in: *Handelsblatt* vom 22.02.2021.

60 Eduard Bernstein: *Zur Geschichte und Theorie des Sozialismus. Gesammelte Abhandlungen*, 2. Aufl. (Ausgabe Elibron Classics 2005), Berlin und Bern 1901, S. 208.

61 Eduard Bernstein: *Was ist Sozialismus?*, a.a.O., S. 16.

62 Zu den wirtschaftspolitischen Vorstellungen Bernsteins siehe Nikolaus Kowall: Vorrang für das Allgemeininteresse. Die ökonomische Lehre des Eduard Bernstein, in: Horst Heimann / Hendrik Küpper / Klaus-Jürgen Scherer (Hrsg.): *Geistige Erneuerung links der Mitte. Der Demokratische Sozialismus Eduard Bernsteins*, Marburg 2020, S. 271 ff.

lichen hundert Unternehmungen und Betrieben.»⁶³

Das führt uns zu einem abschließenden Fazit: Es ist unwichtig, ob man unsere Wirtschaftsordnung Kapitalismus, sozialen Kapitalismus, guten Kapitalismus oder soziale Marktwirtschaft nennt. Wichtig ist, die Minimalkostenkombination der privaten Unternehmen als Vorbedingung für ökonomische Effizienz und Wohlstand zu akzeptieren. Ob man den auf dieser Grund-

lage eingehetzten, regulierten, gebändigten Kapitalismus mit guter Infrastruktur und einem breiten Angebot an öffentlichen und sozialen Dienstleistungen als soziale Marktwirtschaft, soziale Demokratie oder als Demokratischen Sozialismus bezeichnet, ist zweitrangig. Entscheidend ist, dass der Staat für ein ausgewogenes Verhältnis von privaten und öffentlichen bzw. meritokratischen Gütern sorgt. Dafür muss die SPD auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene immer wieder um politische Mehrheiten kämpfen. Erreichen kann sie dabei am meisten, wenn sie regiert – ob allein oder in einer Koalition mit anderen demokratischen Parteien. ■

63 Eduard Bernstein: *Was ist Sozialismus?*, a. a. O., S. 18. Als Fabrikgesetze wurden die ersten Arbeitsschutzbestimmungen des 19. Jahrhunderts bezeichnet, die z. B. die Kinderarbeit verboten und die zulässige Arbeitszeit begrenzten.

Zum Autor:

Prof. Dr. Hermann Adam (*1948) hat an den Universitäten Köln und Kiel Volkswirtschaftslehre, Politikwissenschaft und Soziologie studiert und 1978 im Fach Politikwissenschaft an der Universität Oldenburg zum Dr.rer.pol. promoviert. Von 1970 bis 1977 war er als wissenschaftlicher Referent im Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut des DGB (WSI) in Düsseldorf tätig. Er hat 40 Jahre zunächst als Lehrbeauftragter, ab 1992 als Honorarprofessor Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Politische Ökonomie am Sozialwissenschaftlichen Institut der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, seit 2004 am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin gelehrt. Sein Einführungswerk „Bausteine der Wirtschaft“ gehört zu den erfolgreichsten Lehrbüchern auf dem deutschen Markt und ist 2015 in 16. Auflage erschienen.